

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Duve, Bachmaier, Bernrath, Büchner (Speyer), Catenhusen, Conradi, Egert, Gansel, Kühbacher, Frau Dr. Martiny-Glotz, Müller (Düsseldorf), Frau Odendahl, Rapp (Göppingen), Schröer (Mülheim), Schulte (Unna), Sielaff, Toetemeyer, Wartenberg (Berlin), Frau Weyel, Wolfram (Recklinghausen), Frau Zutt und der Fraktion der SPD — Drucksachen 10/382, 10/2236 —

Kulturpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum zur jüngeren deutschen Geschichte in Bonn zu errichten. Dies geschieht in der Erwartung, daß ein lebendiges „Haus der Geschichte“ den zahlreichen ausländischen und inländischen Besuchern der Bundeshauptstadt ein anschauliches Bild der geschichtlichen Grundlagen und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland vermittelt.

1. Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, daß die Errichtung eines „Hauses der Geschichte“ nur dann einen positiven Beitrag zur Erneuerung eines die Gesamtheit der Bürger umfassenden Geschichtsbewußtseins leisten kann, wenn seine Planung vom größtmöglichen Konsensus getragen wird. Der Deutsche Bundestag trägt daher eine besondere Verantwortung für die Errichtung des „Hauses der Geschichte“, die nicht in der alleinigen Zuständigkeit der Regierungsorgane bzw. des Bundesministers des Innern liegen sollte.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Frage der Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts als langfristiger Träger des „Hauses der Geschichte“ zu prüfen und dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.
3. Der Deutsche Bundestag bittet den Bundespräsidenten, einen Gründungsausschuß für das „Haus der Geschichte“ zu beru-

fen, dessen Mitglieder auf Vorschlag der Fraktionen bestimmt werden. Hierdurch soll verhindert werden, daß die Ausgestaltung des „Hauses der Geschichte“ als Resultat einseitiger historisch-politischer Positionen vorgenommen werden kann.

4. In den Gründungsausschuß werden Fachleute aus den Arbeitsgebieten der Geschichtswissenschaft unter Einbeziehung der Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, der Staatsrechtslehren, der Sozialwissenschaften sowie der Museumsdidaktik berufen, wobei der Schwerpunkt bei den historischen Fachvertretern liegt.
5. Der Gründungsausschuß unterbreitet Vorschläge für die Besetzung eines Beirates, dem Vertreter der am „Haus der Geschichte“ interessierten Institutionen und des öffentlichen Lebens angehören sollen. Der Beirat wird als beratendes Gremium tätig und begleitet den Aufbau und Ausbau als ständige Einrichtung. In ihm sollen die Interessen der Länder, der Parteien und der Verbände zum Ausdruck kommen.
6. Der Deutsche Bundestag erwartet vom Gründungsausschuß einen pragmatischen Kompromiß über die in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Frage, welchen Zeitraum die historische Ausstellung umfassen soll; insbesondere ob sie die Geschichte des Nationalsozialismus einbezieht bzw. bis an die Schwelle der Gegenwart führt. Diese Lösung wird zugleich museumsdidaktischen Notwendigkeiten Rechnung tragen. An die Stelle der chronologischen Verlaufsgeschichte sollte die exemplarische Auswahl von historisch-politischen Problemschwerpunkten treten. Diese Schwerpunkte sollten im Rückgriff auf die geschichtliche Entwicklung vor 1945, aber auch im Vorgriff auf die Gegenwart, vertieft werden. Damit bleibt es der praktischen Planung überlassen, wie weit im Einzelfall historisch zurückgegangen wird. Zugleich wird damit vermieden, der Ausstellung den Charakter einer Geschichte wechselnder Regierungskoalitionen zu geben und die gesamtdeutsche Dimension aus den Augen zu verlieren.
7. Die ständige Ausstellung soll auch nach Ablauf der Aufbau-phase durch wechselnde Sonderausstellungen im Benehmen mit unterschiedlichen Gruppen und Institutionen ergänzt werden, die sowohl der methodischen wie inhaltlichen Pluralität des gegenwärtigen Geschichtsbildes Rechnung tragen und die aktuelle Bedeutung der Beschäftigung mit geschichtlichen Problemen berücksichtigen.

Bonn, den 7. November 1984

Dr. Vogel und Fraktion